



Liebe Mitglieder der DFG-VK Baden-Württemberg, 2021 ist ereignisreich gestartet. Mitte Januar fand unser Neujahrstreffen statt – zum ersten Mal digital! Und es war ein Erfolg. Mehr dazu könnt ihr gleich hier auf dieser Seite lesen. Vielen Dank an alle, die dabei waren und den Tag so abwechslungsreich und interessant gestaltet haben!

Eine Woche später war er dann da: Der Tag, an dem das Atomwaffenverbot in Kraft getreten ist. Viele von uns haben dem lange entgegengefeiert. Nun müssen wir uns dafür einsetzen, dass auch Deutschland den Vertrag schnellstmöglich ratifiziert. Und das Jahr geht spannend weiter. Am 14. März findet die Landtagswahl statt. Damit unsere Themen dabei und vor allem danach eine Rolle spielen, hat das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“, in dem die DFG-VK mitarbeitet, einiges geplant. Was genau, erfahrt ihr ab Seite 2.

Und unser Landesgeschäftsführer Roland Blach bietet in den nächsten Monaten ein neues Informations-Format an: Wer möchte, kann allein, mit seinem/ihrer Gruppe oder Bündnis, mit Infostand oder Veranstaltung mit ihm über friedenspolitische Themen im Kontext von „Sicherheit neu denken“ sprechen. Wie das aussehen kann, erklären wir in dieser Ausgabe. Ihr seht: Trotz aller Widrigkeiten passiert aktuell viel bei der DFG-VK, und so wird es auch in den kommenden Wochen weitergehen. Ich wünsche euch allen ein gutes und vor allem gesundes Jahr!

Und jetzt erst mal viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Sarah Apälen

DFG-VK-Landesverband

Erstes digitales Neujahrs- und Planungstreffen Ein Geschenk: Atomwaffen sind verboten

Seit 22. Januar sind Atomwaffen verboten. Ein großer Erfolg der Zivilgesellschaft, ein großer Tag für die Menschheit. Und eines der drei Schwerpunkte beim ersten digitalen Neujahrstreffen der DFG-VK Baden-Württemberg wenige Tage zuvor.

Am Ende der etwa fünf gemeinsamen Stunden am Bildschirm war eine hohe Energie zu spüren, die erfolgreiche Arbeit der DFG-VK Baden-Württemberg im Kontext vieler Partner intensiv weiterzuführen. Und die Punktlandungen vor den Pausen und zum Ende erinnerten fast an die Paced-makers.

Mit insgesamt über 30 Teilnehmenden ging es natürlich um das große bevorstehende Ereignis, das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags. Nach meinem Input wurde deutlich, dass auch im Land viel teils sehr Kreatives laufen wird: u.a. in Ulm, Aalen, Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Stuttgart, am Bodensee und online aus Karlsruhe. Die DFG-VK ist eine von über 70 beteiligten und eine der aktivsten Organisationen. Ich selbst koordine die Kampagne und bin eine der wichtigsten Bindeglieder in der bundesweiten Vernetzung. Belit Onay, Oberbürgermeister von Hannover, einer der Lead Cities der Mayors for Peace und Partnerstadt von Hiroshima, veröffentlichte eine großartige Videobotschaft. Ich persönlich bin außerordentlich dankbar, weil ich einer der Wenigen seit über zehn Jahren bis heute bin, die dauerhaft einen direkten regelmäßigen Draht wegen der Mayors for Peace ins OB-Büro nach Hannover habe - und dabei Kontakt hatte zu mehreren Stadtoberhäuptern. Im Rahmen der aktuel-

len Kampagne, den Vorgängerkampagnen sowie neuerdings auch als Koordinator des ICAN-Städteappells. Ein wunderbares Beispiel für Vertrauensbildung über lange Zeit hinweg. Mit dem Ergebnis wunderbarer Kooperationen und Impulse. Noch im März 2020 durfte ich Belit Onay persönlich im dortigen Rathaus kennenlernen.

Mit dem Rückblick in 2020 wurde deutlich, wieviel Energie und Aktivitäten trotz Corona vorhanden waren. Und nicht nur dafür.

Es ging um die Perspektiven im Kontext von Sicherheit neu denken für eine zivile, gerechte und nachhaltige Politik. Was macht Frieden für die Next gen (nächste Generation) interessant? Wie kann die Vision auf noch breitere Basis gestellt werden? Mirka Hurter führte dazu gekonnt und klar ein. Auch mit Unterstützung des Landesverbandes ist sie zunächst für 9 Monate hauptamtlich dabei.

Es gibt eine breite Basis, die Stärkung von Friedensbildung konzeptionell voranzubringen. Eine gute Grundlage bilden die vielen Erfolge der vergangenen Jahre mit der Servicestelle Friedensbildung, dem Einfluss auf die Bildungspläne und vieles mehr. Klaus Pfisterer führte dazu brillant ein. Jetzt wollen wir die Kompetenzen im Landesverband mit einer Arbeitsgruppe noch besser bündeln.

Im Rahmen der Diskussionen wurde kurz das Thema Datenschutz und soziale Medien sowie die Zukunft mit künstlicher Intelligenz (KI) angesprochen. Der Landesverband plant dazu eine gezielte Debatte 2021.

Roland Blach



Langjährige Mitglieder im DFG-VK-Landesverband

Wir beglückwünschen folgende Mitglieder, die dem Verband so lange die Treue gehalten haben (Januar/Februar):

65 Jahre: Richard Barboritsch
50 Jahre: Sonnhild Thiel, Manfred Trost
45 Jahre: Volker Langenbacher, Michael Wunsch
40 Jahre: Ralph Goelzer, Erich Kirchner, Knut Störmer, Markus Zeller
35 Jahre: Walter Lang, Stefan Otto
30 Jahre: Peter Dressler, Barbara Hädrich, Udo Keller, Josef Pruchner-Baumann, Dagmar Stock, Joachim Stoffel, Wenz Wacker
25 Jahre: Felix Berlin

Termine

23. März, Schwäbisch Hall: Vortrag und Diskussion „Amerika hat gewählt. Hintergründe, Rückblick, Ausblick“ mit Andreas Zumach (freier Journalist), 19.30 Uhr, Brenzhaus, Mauerstr. 5, Kosten: 8 EUR, Anmeldung: Evang. Kreisbildungswerk: Tel. 0791 94674-150/-151, Mail: eks@brenzhaus.de, VA: Kooperation von Evang. Kreisbildungswerk, keb Schwäbisch Hall und VHS Schwäbisch Hall

3. April, Stuttgart: Ostermarsch, VA: Friedensnetz BaWü

3. April, Ulm: Ostermarsch, VA: Vorbereitungskreis Ulmer Ostermarsch

5. April, Überlingen: Internationaler Bodensee Friedensweg (= Bodensee-Ostermarsch), VA: Bodensee Friedensweg

Die **SÜDWEST-KONTAKTE** sind die Informationsbeilage zur „ZivilCourage“ für alle Mitglieder des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg. Sie erscheinen mit jeder Ausgabe der „ZivilCourage“, in der Regel fünf- bis sechsmal jährlich. Herausgegeben werden die **SÜDWEST-KONTAKTE** vom Landesvorstand des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711/51 88 56 01, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue
Redaktion: Sarah Gräber
Gestaltung: SPS-Graphics

Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden

Kampagne zur Landtagswahl

Grundlagenpapier – Fragen an die Kandidierenden – Plakate

Das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ in Baden-Württemberg, in dem die DFG-VK aktiv mitarbeitet, hat sich viel für die Landtagswahl vorgenommen. Die Kampagne gleichen Namens hatte sich 2011 und 2016 bereits aktiv zu den Wahlen engagiert und sich ab 2013 erfolgreich für die Stärkung der Friedensbildung eingesetzt.

In diesem Landtagswahlkampf wird das Engagement gezielt ausgeweitet, die Herausforderungen durch Corona wurden dabei zum Ansporn.

Neben einem Grundlagenpapier, das Hintergründe beschreibt und Forderungen formuliert, wurden Fragen an die Kandidierenden entwickelt. Zudem wurden mehr als 6000 Euro in die Hand genommen, um mit A1- und A2-Plakaten an über 100 Stellen im Ländle sichtbar zu sein. In Kooperation mit der Firma Ströer werden zwei Motive in den S-Bahnen im Raum Stuttgart, in Bahnhöfen in Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Reutlingen und Ulm sowie in Bussen im Raum Friedrichshafen zu sehen sein. Zusätzlich werden diese und weitere Motive über Social Media verbreitet.

Alle Informationen unter www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de. Ergänzend dazu sind Inhalte und Forderungen für die Wahl zu Frieden und Abrüstung im Positionspapier des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB, www.deab.de) nachzulesen. Es folgt das Grundlagenpapier, für das wesentlich unser Landessprecher Klaus Pfisterer verantwortlich ist.

Die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr kündigen – die Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg ausbauen

Schulen als freie Räume des Lernens, Wissens und Entdeckens

Wir sind davon überzeugt, dass es eine wesentliche Aufgabe des Bildungssystems, insbesondere der Schulen, ist, Haltungen und Positionen zu den Grundfragen des friedlichen Zusammenlebens in der eigenen und in der Weltgesellschaft zu entwickeln und Chancen auf Mitgestaltung zu erkennen und wahrzunehmen. Dabei ist aus unserer Sicht entscheidend, dass der Lernort Schule, an dem Kinder und Jugendliche zu selbstständigem, eigenschöpferischem Lernen und Gestalten angeregt werden, weitestgehend dem Wettbewerb politischer, wirtschaftlicher und sozialer Partikularinteressen entzogen ist. Denn dieser Wettbewerb findet unter strukturell Ungleichen statt und, einmal in Schulen hineingetragen, be-

grenzt und behindert die freie Entfaltung junger Menschen und das Entdecken ihrer Talente, Fähigkeiten und Interessen. Mit anderen Worten: Schulen dürfen nicht zu Arenen konkurrierender externer Interessen werden. Orientiert am humboldtschen Bildungsbegriff möchten wir daher Schulen als freie Räume des Lernens, Wissens und Entdeckens stärken! Um dies umzusetzen, bedarf es wachsender Investitionen in Bildung, u.a. um die bestmögliche Ausbildung von Lehrer*innen und die bestmögliche Ausstattung von Schulen zu ermöglichen.

Krieg war gestern.
Heute erklären
wir Frieden.



Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen.
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Auf dieser Grundlage kommen wir in Verbindung mit dem Auftrag der baden-württembergischen Landesverfassung, „die Jugend zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe zu erziehen“, zu folgenden Positionen: Die Präsenz von sogenannten „Jugendoffizieren“ der Bundeswehr in Schulen, die Aktivitäten von sogenannten „Karriereberater*innen“ der Bundeswehr im Umfeld der Schulen (insbesondere im Rahmen von Veranstaltungen der Berufsorientierung) sowie das Engagement von Rüstungsunternehmen zur Unterstützung von Schulen ist kategorisch abzulehnen. Entsprechende Kooperationsvereinbarungen müssen daher aufgehoben werden.

Kooperationsvereinbarungen kündigen ...

Seit 1958 arbeiten die Jugendoffiziere in vielfältiger Weise an und mit den Schulen. In Baden-Württemberg gibt es seit 2009 eine Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr, die 2014 modifiziert wurde

und die Tätigkeit der Jugendoffiziere etwas eingrenzt. Jugendoffiziere treten im Unterricht, in der Referendar*innenausbildung sowie in der Fort- und Weiterbildung von Lehrer*innen auf. Somit erhalten sie mit dieser Vereinbarung einen privilegierten Zugang zu den Schulen.



Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht im Juli 2011 intensiviert die Bundeswehr ihre Nachwuchswerbung. Für Werbemaßnahmen (Plakate, Filme, You-Tube-Serien etc.) werden jährlich 30 Millionen Euro ausgegeben. Die Bundeswehr setzt verstärkt Karriereberater*innen zur Anwerbung von Jugendlichen in den Schulen ein. Sie werben dort um Nachwuchs für die Streitkräfte und stellen die Bundeswehr als Arbeitgeber wie jeder andere dar. Jugendlichen wird ein normaler Job versprochen. Diese Aktivitäten werden von der Kooperationsvereinbarung nicht erfasst.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat Deutschland schon mehrfach aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre zu erhöhen. Dagegen verstößt die Bundesrepublik als eines der wenigen Länder weltweit. Seit 2011 wurden mehr als 15000 Minderjährige einberufen. Mit diesen Werbeaktivitäten ist die Zahl der Minderjährigen bei der Bundeswehr sprunghaft gestiegen.

Die örtlichen Einwohnermeldeämter geben die Daten junger Erwachsener an die Wehrbehörden weiter. Diese senden den Jugendlichen im Alter von 16/17 Jahren gezielt Werbung für die Bundeswehr zu. Viele Jugendliche wissen nicht, dass sie mit einem Widerspruch die Weitergabe ihrer Daten verhindern können.

... Friedensbildung fördern

Ausgehend von einem Beschluss der badischen Landeskirche setzt sich die Initiative „Sicherheit neu denken“ für ein nachhaltiges und ziviles Deutschland bis 2040 ein. Baden-Württemberg

soll zu einem Zentrum des Friedens, der Zivilen Konfliktbearbeitung und der Konversion werden.

Die 2015 eingerichtete Servicestelle Friedensbildung in Trägerschaft des Kultusministeriums, der Landeszentrale für politische Bildung und der Berghof-Foundation und unter beispielhafter Beteiligung von 17 Organisationen der Zivilgesellschaft ist ein „Leuchtturmprojekt“ weit über die Landesgrenzen hinaus. Sie vernetzt, veröffentlicht und setzt viele neue Impulse, z.B. durch Modellschulen. Sie stärkt damit Impulse einzelner Unterzeichner-Organisationen wie den Ulli-Thiel-Friedenspreis für Schulen.

Unsere Forderungen

- Die Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg strukturell und personell ausbauen

Die erfolgreiche Arbeit der Servicestelle Friedensbildung ist ein Leuchtturmprojekt, das über die Landesgrenzen von Baden-Württemberg hinausstrahlt. Die gesamte Friedensarbeit wird jedoch von lediglich 1,5 Personen geleistet, was bei Weitem nicht ausreicht. Für die nächsten Jahre bedarf es eines deutlichen finanziellen und personellen Ausbaus, um die vielen Aufgaben zu bewältigen.

- Friedensbildung an baden-württembergischen Hochschulen etablieren

Wir streben die Verankerung der Querschnittsaufgabe Friedensbildung insbesondere im Bereich der Lehrer*innenausbildung an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen des Landes an. Ein wichtiger Meilenstein ist dabei die Einrichtung einer ordentlichen Professur für Friedensbildung bzw. Friedenspädagogik, die, als erste ihrer Art in Deutschland, die Weiterentwicklung und den Ausbau der Friedensbildung in Theorie und Praxis begleitet und fördert.

- Die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr aufheben

Schule soll kein Ort der Nachwuchswerbung sein, und Minderjährige dürfen nicht in die Bundeswehr einberufen werden. Schule soll ein Ort der Friedensbildung werden. Deshalb erwarten wir, dass die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr gekündigt wird.

- Kooperationen von Schulen und Rüstungsbetrieben untersagen

In einigen Regionen von Baden-Württemberg, z.B. am Bodensee, gibt es Kooperationen zwischen Schulen und Rüstungsbetrieben. Solche Kooperationen beinhalten zweierlei Gefahrenpotenziale. Die attraktiven Berufsmöglichkeiten könnte Schüler*innen den Blick verstellen, dass der Wohlstand der Region auch auf todbringenden Waffen beruht. Eine zu enge Kooperation zwischen Schule und Rüstungsbetrieb könnte manche Schule dazu bringen, ihre Kritik an den Rüstungsbetrieben verstummen zu lassen, falls die Schule Spendengelder der Rüstungsfirma erhält, z.B. an den Förderverein der Schule.

ANGEBOT

**Sicherheit neu denken.
Frieden durch Abrüstung**

**DFG-VK Landesgeschäftsführer
2021 im Gespräch mit euch im Ländle**

Der DFG-VK Landesverband bietet allen Mitgliedern und Interessierten im ersten Halbjahr 2021 an, ins Gespräch mit Landesgeschäftsführer Roland Blach über Perspektiven der Friedensarbeit im Kontext der Aufklärungskampagne „Sicherheit neu denken“ im Jahr der Bundestagswahl und Landtagswahl Baden-Württemberg zu kommen. Ob allein, mit Eurer Gruppe oder Eurem Bündnis, mit Infostand oder Veranstaltung. Und immer unter Beachtung der aktuellen Regelungen. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten sind persönliche Gespräche und Begegnungen jenseits von Videomeetings und Telefonkonferenzen elementar wichtig.

Er ist seit 25 Jahren hauptamtlich in der Friedensarbeit engagiert, koordiniert aktuell die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“, den ICAN Städteappell sowie das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden“ und hat viele Kampagnen und Projekte mit initiiert. Er arbeitet im Koordinationskreis der Aufklärungskampagne „Sicherheit neu denken“ mit, ausgehend vom Szenario der evangelischen Landeskirche in Baden.

Das Angebot greift vielfältige Erfahrungen auf und steht in der Tradition von Otto Umfrid Anfang des 20. Jahrhunderts bis zu den Touren mit dem DFG-VK-Bulli seit 2014.

Eventuell anfallende Kosten für Bahnfahrten bzw. Übernachtung sollten übernommen werden. Willkommen sind private Unterkünfte für abendliche Begegnungen. Wir erwarten euren Anruf für Terminabsprachen: 0711-51885601 oder E-Mail ba-wue@dfg-vk.de



Adressenliste

DFG-VK-Gruppe Bodensee-Oberschwaben

Bernd Wipper, Maurus-Betz-Str. 12, 88662 Überlingen, 07551-3085066, doc.b.wipper@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Freiburg

Postfach 5261, 79019 Freiburg
Treffen: Büro im Friedenszentrum, Stühlinger Str. 7
Tel.: 0761-7678089
freiburg@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de/freiburg

DFG-VK-Gruppe Heidelberg

c/o Kai-Uwe Dorsch, Hohegasse 1, 69181 Leimen
Tel.: 01525-6907676
heidelberg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

c/o Sonnhild Thiel, Alberichstraße 9, 76185 Karlsruhe; Tel.: 0721-552270
dfg-vk.karlsruhe@posteo.de

DFG-VK-Gruppe Ludwigsburg

c/o Wolfram Scheffbuch, Oberdorfstraße 9, 74366 Kirchheim am Neckar
Tel.: 07143-94668, Mobil: 0173-7397214
ludwigsburg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen

c/o Friedensbüro Mannheim, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim
Tel.: O. Reger (Tel. 017650218312), H. Sauer-Gürth (Tel. 0621-858301)
mannheim@dfg-vk.de
mannheim.dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Mittelbaden

c/o Wolfgang Eberhardt, Mörikestraße 6, 77654 Offenburg
Tel.: 0781-53669
mittelbaden@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Neckar-Fils

c/o Jürgen Flicker, Hauptstr. 46, 73275 Ohmden, Tel.: 07023-2728
jblfli@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Stuttgart

Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711-51885601; stuttgart@dfg-vk.de
jeden 3. Dienstag im Monat Gruppentreffen um 19 Uhr in der Werastr. 10

DFG-VK-Gruppe Tübingen

c/o Informationsstelle Militarisierung (IMI e.V.), Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen; Tel.: 07071-791703; tuebingen@dfg-vk.de; www.imi-online.de

DFG-VK-Gruppe Gammertingen

c/o Walter Märkle, Beethovenstr. 2, 72501 Gammertingen; Tel.: 07574-2920

DFG-VK-Gruppe Pforzheim

c/o Christof Grosse, Brettener Str. 41, 75181 Pforzheim; Tel.: 07231-358765

DFG-VK-Gruppe Ulm/Neu-Ulm

c/o Markus Kiefer, Otto-Lilienthal-Weg 65, 89075 Ulm;
Tel.: 0731-40300388; ulm@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband BaWü

Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Fon 0711-51885601
eMail: ba-wue@dfg-vk.de
Internet: www.dfg-vk.de/lv-bawue
Facebook: https://www.facebook.com/groups/DFG.bawue/

Friedensarbeit vor Ort

Esslingen tritt dem ICAN-Städte-Appell bei

Grundlagenpapier – Fragen an die Kandidierenden – Plakate

Am 14. Dezember 2020 beschloss der Esslinger Gemeinderat, dem ICAN-Städte-Appell beizutreten. Das Abstimmungsergebnis fiel mit 20 zu 19 sehr knapp aus. Initiiert wurde der Beschluss durch das Friedensbündnis Esslingen, in dem einige Mitglieder der DFG-VK-Gruppe Neckar-Fils aktiv mitarbeiten.

Im Mai 2020 wandte sich das Friedensbündnis Esslingen mit Schreiben an alle Parteien im Gemeinderat sowie den „Mayor for Peace“-Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger, SPD, mit dem Ziel, dem ICAN-Städte-Appell per Gemeinderatsbeschluss beizutreten. Die Antwort des OB war ernüchternd. Er schrieb, dass er in der Sache unsere Meinung teile, „jedoch darauf zu achten habe, dass sich unsere Gremien mit Dingen in ihrer Zuständigkeit beschäftigen, und deshalb unser Anliegen nicht in den Gemeinderat einbringen kann“.

Wir hatten die Parteienvertreter gebeten, untereinander auszuloten, ob ein interfraktioneller Antrag möglich sei und sich dadurch die Chancen für eine Zustimmung erhöhen würden. Leider kam dies nicht zustande.

Am 7. Dezember 2020 tagte der Verwaltungsausschuss, und auch hier empfahl die Stadtverwaltung, den Antrag abzulehnen. Das ließ für die anstehende Gemeinderatssitzung große Spannung entstehen. Im Vorfeld der Sitzung veröffentlichten wir eine Pressemitteilung, in der wir unsere Argumente für eine Zustimmung aufführten. Diese ließen wir auch den Fraktionen zukommen.

Im Esslinger Gemeinderat gibt es eine knappe linke Mehrheit aus Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und der Ratsgruppe FÜR, sofern alle Gemeinderäte anwesend sind.

Am Tag der Entscheidung waren sechs Aktive des Friedensbündnisses mit Transparenten und

Plakaten vor dem Sitzungssaal des Gemeinderats und versuchten, mit Faktionsmitgliedern ins Gespräch zu kommen, um für die Zustimmung zu werben. Dabei erfuhren wir, dass nicht alle Gemeinderäte anwesend sein werden, und sahen unsere Hoffnung auf Zustimmung schwinden. In der Sitzung sprachen sich Grüne, SPD, und Die Linke in sehr guten Reden für den Antrag aus. Sie übernahmen dabei alle Argumente, die wir ihnen vorab hatten zukommen lassen.

Das konservative Lager aus CDU, FDP und Freie Wähler sprach sich gegen den Antrag aus. Die FDP hatten wir mit dem Argument gewinnen wollen, dass der verstorbene ehemalige FDP-Vorsitzende Westerwelle 2009 den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland in den Koalitionsvertrag mit der CDU unterbrachte, später aber von der Kanzlerin Merkel in der Umsetzung keine Unterstützung fand.

Gespannt verfolgten wir per Live-Stream die anstehende Abstimmung und konnten am Ende zu unserer Überraschung erleichtert feststellen, dass der Antrag mit von 20 zu 19 Stimmen angenommen wurde. Auf beiden Seiten hatte jeweils ein Gemeinderatsmitglied gefehlt und der Oberbürgermeister hatte gegen den Antrag gestimmt.

Wir waren hoch erfreut über das Abstimmungsergebnis, und in einer weiteren Pressemitteilung bedankte sich Sigrid Altherr-König vom Friedensbündnis bei den Fraktionen von Bündnis 90/Grünen, SPD, Die Linke und der Ratsgruppe FÜR für deren Einsatz. „Die Stadt sendet damit der Bundesregierung ein deutliches Zeichen. Hiroshima mahnt! 80-90 Prozent der Bundesbürger*innen sind für das Verbot von Atomwaffen als Bestandteil einer veralteten Abschreckungspolitik. Sicherheit muss neu gedacht werden.“

Klaus Pfisterer, DFG-VK Neckar-Fils

Liste der Städte, die sich dem Appell, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen, angeschlossen haben (in der zeitlichen Reihenfolge der Unterstützung; Landeshauptstädte in Großbuchstaben):

MAINZ, WIESBADEN, Marburg, Köln, POTSDAM, MÜNCHEN, Göttingen, Reinheim, Dortmund, BREMEN, SCHWERIN, Herne, Mörfelden-Walldorf, DÜSSELDORF, Kaiserslautern, Naumburg, HANNOVER, Ilmenau, Schwalbach, Freiburg, Tübingen, BERLIN, KIEL, Essen, Flensburg, Kassel, Nürnberg, Fürth, Erlangen, Maintal, Hana, Siegen, Aschaffenburg, Braunschweig, Hilchenbach, Marbach, Düren, Kreisstadt Groß Gerau, Krefeld, Solingen, Neustadt/Aisch, Wuppertal, Trier, Bochum, St. Ingbert, Lindau, Altena, Darmstadt, Frankenthal, SAARBRÜCKEN, Bad Kreuznach, Mutlangen, Karlsruhe, Gau-Algesheim, Halle, Münster, Freital, Neukirchen-Vluyn, MAGDEBURG, Kirchheim/Neckar, Schmöln, Konstanz, Leipzig, Bretten, Emden, Offenbach, Würzburg, Moers, Nierstein, Aachen, Röthenbach an der Pegnitz, Leverkusen, Neustadt an der Weinstraße, Chemnitz, Neuwied, Zwickau, ERFURT, Neuburg an der Kammel, Lahr, Täferrot, Fürstfeldbrück, HAMBURG, Auerbach, STUTTGART, Heilbronn, Frankfurt am Main, Überlingen, Schwäbisch Gmünd, Neubrandenburg, Schwedt/Oder, Brandenburg an der Havel, Eberswalde, Völklingen, Bielefeld, Bamberg, Oldenburg, Jena, Mannheim, Bad Oldesloe, DRESDEN, Landau, Kirchhain, Pfaffenhofen, Kamp-Lintfort, Frankfurt (Oder), Iserlohn, Ellwangen, Neumünster, Dachau, Witten, Castrop-Rauxel, Mosbach, Esslingen

